



Die

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Jahrgang 2

Sonnabend, den 18. Januar 1919

Nummer 32

Arbeiter und Arbeiterinnen! Gestaltet den Proteststreik zu einer machtvollen Demonstration gegen den Brudermord, gegen die Erschießung der Revolutionäre, gegen die Säbelherrschaft und gegen die Regierung, die sie über Euch gebracht hat! Weg mit den Kompromittierten! Es lebe die Einigkeit des sozialistischen Proletariats!

Auch im Reich Generalstreik.

Als Demonstration gegen die feige Ermordung von Liebknecht und Rosa Luxemburg traten Freitag vormittag die Arbeiter zahlreicher Betriebe Leipzigs spontan in den Ausstand. Da der Straßenbahnbetrieb infolge Lohnstreikes der Angestellten vollkommen eingestellt ist, bildeten sich gewaltige Demonstrationssäue, welche durch die Stadt zogen.

Die Leipziger Neuesten Nachrichten, die am Donnerstag den Tod von Liebknecht und Rosa Luxemburg durch Extrablatt gemeldet hatten, mußten Freitag abend durch Extrablatt eine Erklärung abgeben, daß sie die Ermordung Liebknechts und Rosa Luxemburgs bedauern, und daß die ruchlose Tat nur unter einer Regierung Ebert-Scheidemann möglich gewesen sei. — Die Abendausgaben der bürgerlichen Zeitungen sind nicht erschienen. — In das Bureau der demokratischen Partei drang die Menge ein, vernichtete das Werbematerial. Die Menge war sehr erregt. Zahlreichen Soldaten wurden die Kokarden abgerissen, Offiziere die Mäntel abgenommen, Wagen angehalten und die Anfassien durchsucht.

Auf Veranlassung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei ist die Bremer Arbeiterkassette Freitag vormittag um 12 Uhr in einen Proteststreik eingetreten. Im Anschluß an die Arbeiterkassette fand ein Demonstrationsszug durch die Straßen statt. Vom Rathaus herab wurden in mehreren Anzügen scharfe Angriffe gegen die Regierung Ebert-Scheidemann gerichtet.

Gegen die Blutregierung.

Eisenach, 17. Januar. (Privattelegramm der „Freiheit“.) Unter Führung des Arbeiter- und Soldatenrats und der U. S. P. demonstrierten am Donnerstag 7000 Arbeiter gegen die Blutregierung Ebert-Scheidemann und für Weltrevolution und Völkerverbrüderung.

Der tägliche Erlaß.

Dem „Arbeiter“ Roske begannen nachgerade die ungemein zahlreichen Mißgriffe seiner Garde unangenehm zu werden. Er veröffentlicht deshalb die genauen gesetzlichen Bestimmungen über Durchsuchungen, Verhaftungen und vorläufige Festnahmen. Wir glauben allerdings nicht, daß dadurch eine Besserung eintreten wird. Ferner hat Herr Roske verfügt, daß künftig in allen Gefangentransporten zum Zwecke der Bedeckung soviel Mann beigegeben sind, daß von vornherein jeder Versuch der Flucht und des Widerstandes aussichtslos ist. Die Transporte sollen jetzt in geschlossenen Wagen vorgenommen und nur älteren erfahrenen Mannschaften anvertraut werden. Herr Roske hat aber vergessen, Anordnungen zu treffen für den Fall, daß die Gefangenen vor ihrem Abtransport bereits von den eigenen Mannschaften meuchlings ermordet werden, was uns sehr notwendig erscheint.

Herr Roske erinnert ferner die Öffentlichkeit daran, daß „Ansammlungen auf der Straße“ untersagt sind. Das beziehe sich auch auf Demonstrationssäue jeder Art. Niemand

dürfe sich durch Neugierde oder Sensationslust verleiten lassen, Straßenaussäue usw. mitzumachen.

Wir haben es also in der Revolution unter der Oberherrschaft des „Arbeiter“ Roske soweit gebracht, daß das Recht auf die Straße, das der Arbeiterschaft sogar unter der alten Herrschaft nicht mehr vorenthalten werden konnte, abgeschafft worden ist. Bald wird die Frage angebracht sein, wer von den Herren Ebert-Scheidemann-Landsberg-Roske die letzte Entscheidung über die Revolution besitzien wird.

Neue Meuchelmorde?

Der Meuchelmord an den Genossen Liebknecht und Luxemburg macht anscheinend Schule. Der „Abend“ bringt folgende Meldung:

„In der vergangenen Nacht versuchten vier Spionisten, die während der Spandauer Spartakusmütze verhaftet worden waren, im Keller dort einen Fluchtversuch. Das Begleitkommando schloß auf die Flüchtigen und tötete sie sämtlich.“

Ihre Namen sind: Sojewski, Marx, Hermann, Jordan und Willert.“

Auch bei Liebknecht hieß es, er sei bei einem „Fluchtversuch“ erschossen worden, was sich bereits als frecher Schwandel herausgestellt hat. Es scheint, daß es sich im Spandauer Falle um einen ähnlichen Meuchelmord handelt. Wir fordern die strengste Untersuchung unter Hinzuziehung der Vertreter der sozialistischen Parteien.

Herr Erzberger berichtet.

Von den Waffenstillstandsverhandlungen in Trier Negt nur ein amtlicher Bericht vor. Wie sehr er auf die tendenziöse Wirkung abgerichtet ist, geht daraus hervor, daß in ihm ausdrücklich betont wird, es komme bei dem Bericht weniger auf die wortgetreue Wiedergabe an, als darauf, den Geist und die Stimmung der Verhandlungen festzuhalten. Mit anderen Worten ausgedrückt heißt das, daß Herr Matthias Erzberger wieder einmal das Bedürfnis hat, der deutschen Öffentlichkeit zu sagen, welche große Persönlichkeit er ist, und welche Anstrengungen er unternimmt, das deutsche Vaterland vor den grimmigen Franzosen zu retten. Herr Erzberger hat bei den Verhandlungen eine Debatte mit Joch geführt, bei der er verschiedene Beschwerden Deutschlands gegen Maßnahmen der Franzosen zur Sprache brachte. Wenn auch zuzugeden ist, daß das Nachtbewußtsein der Franzosen Uebergriffe als berechtigte Maßnahmen hinzustellen beliebt, so haben doch die Verhandlungen wieder einmal bewiesen, daß nur Männer, die auch den Laten der Deutschen bereit während des Krieges kritisch gegenüberstanden haben und keine Verantwortung für sie tragen, die Möglichkeit besitzen, solche Uebergriffe der Franzosen mit Erfolg zu brandmarken.

Die internationale Konferenz.

Die „Humanität“ verbreitet die Erklärung des englischen Arbeiterführers Henderson, wonach der 27. Januar als Termin für den Beginn der internationalen Sozialistenkonferenz bestimmt wurde.

Der Mord und die Mörder.

Die Regierung bleibt dabei, die Untersuchung einem Kriegsgericht zu übertragen. Amlich wird mitgeteilt:

Um in Sachen des Todes Karl Liebknechts die Schulfrage zu klären, ist vom Gerichtsherrn der Kriegsgerichtsrat Kurbig bestimmt worden. Der Fall der Frau Rosa Luxemburg soll im Interesse der Beschleunigung von einem anderen Kriegsgericht behandelt werden. Die Reichsregierung hat angedeutet, daß in beiden Fällen der Vollzugsrat wie der Zentralrat je ein Mitglied damit betrauen sollen, an der Untersuchung mitzumachen und zwar hat sie dem Vollzugsrat empfohlen, für diese Aufgabe nach Möglichkeit ein Mitglied der Unabhängigen Sozialdemokratie zu bestimmen. Daraufhin hat der Zentralrat für die Untersuchung im Falle Liebknechts sein Mitglied Hermann Müller, der Vollzugsrat sein Mitglied Wegmann delegiert. Für die Untersuchung im Falle der Frau Luxemburg sollen die Vertrauensleute noch bestimmt werden.

Diese Hinzuziehung zweier Delegierter ist absolut unzulänglich. Wir fordern nochmals eine besondere Untersuchungskommission, der Juristen und Ärzte (für die gerichtliche Obduktion) angehören, und die alle nötigen Vollmachten erhält.

Ferner veröffentlicht die Garde-Kavallerie-Schützen-Division folgende Erklärung:

Die ärztliche Untersuchung hat ergeben, daß Liebknecht von drei Schüssen im Rücken getroffen worden ist. Der Fall ist juristisch einwandfrei geklärt, die Erschießung auf dem Fluchtversuch als zu Recht bestehend anzusehen. Um ein Übriges zu tun, hat die Garde-Kavallerie-Schützen-Division die Vollbeauftragten ersucht, zu den Untersuchungen einen Vertreter der U. S. P. hinzuzugeben, um jeden Verdacht zu beseitigen. Der einzige Vorwurf, der gegen die Division erhoben werden kann, ist der mangelnde Schutz im Falle Rosa Luxemburg. Diese Angelegenheit wird vom Kriegsgerichtsrat der Division auf das strengste untersucht und der betreffende Offizier ist, wie bereits gemeldet, vom Dienste suspendiert worden.

Gegenüber einem Artikel der „Freiheit“ und verschiedenen im Publikum umhergehenden Gerüchten, die die Garde-Kavallerie-Schützen-Division als eine Art Weiße Garde bezeichnen, sei folgendes festgestellt: Die Garde-Kavallerie-Schützen-Division hat am 12. Dezember durch eine Entschließung die Regierung ausdrücklich ersucht, als Regierungstruppe Verwendung zu finden. Außerdem hat sie sich gegen jede Gegenrevolution ausdrücklich erklärt. Besondere Offiziersdetaillone bestehen nicht, nur finden einzelne Offiziere in den Reihen der Mannschaften Verwendung als Mannschaften. Innerhalb der Verbände werden Vorträge von sämtlichen Parteien mit Ausnahme des Spartakusbundes gehalten. Eine politische Beeinflussung der Mannschaften geschieht in keiner Weise.“

Aus dieser Erklärung ist nur das eine wertvoll: Die Divisionsherrn halten bereits jetzt den Fall Liebknecht für juristisch einwandfrei geklärt! Man kann sich denken, was da bei einer Kriegsgerichtsuntersuchung herauskommen wird. Meist ist auch die Auffassung, daß der angebliche Fluchtversuch eines Schwerverletzten nur mit dem Totschießen geklärt werden kann.

Nur der Kuriosität halber wollen wir noch erwähnen, daß Herr Generalleutnant v. Hofmann, der Divisionskommandeur, sich an das Generalkommando um

Schub gegen die Angriffe unseres Aufrufes gewendet hat. Sie möchten also schon jede Kritik ihres Verhaltens verbieten wissen. Wir haben das nicht anders erwartet.

Aber der Kampf gegen eine militärische, ernsthafte, unparteiliche, in der Öffentlichkeit kontrollierte Unterdrückung wird weder der Meinerung noch den Divisionsherren etwas nützen. Dazu sind die Wärdien der bisherigen amtlichen Darstellungen denn doch zu unwahrscheinlich. Vielmehr bringt jede Stunde neue Beweise gegen die wirklich Schuldigen.

Von einem Augenzeugen der blutigen Vorgänge im Eden-Hotel werden uns eideschwurlich folgende Tatsachen bekanntgegeben:

Gegen 11 Uhr abends wurde Lieblnecht von einer Schaar von nationaler Soldaten und Offizieren aus der ersten Etage zum Nebenausgang des Eden-Hotels zur Auslieferung gebracht. Vor dem Ausgange befand sich keine Menschenmenge, die Strafe war von Vornen abgeleert. Vor dem Ausgange hielt ein offenes Militärauto. Als Lieblnecht in den Ausgang trat, ertönten Rufe: „Gaul! Gaul!“ „Rieder mit dem Gulischen!“ „Schlagt ihn tot!“ Gleichzeitig schickte die Gewehrbesitzer auf ihn von hinten ihm stehenden Soldaten und Offizieren nieder Lieblnecht wehrte sich nicht und brach lautlos unter den Hieben zusammen. Er wurde bewußtlos zum Auto geschleppt, in das er hineingeworfen wurde. Zu sehen war nichts von ihm. Soldaten krüchten sich auf die Trittbretter des Autos, worauf dieses in der Richtung der Kaiser-Wilhelm-Gelehrtenschule davonfuhr.

Der Reize beschwert mit aller Bestimmtheit, daß von einem Mordversuch oder gar von Widerstand Lieblnechts nicht die Rede sein könne.

Nach einer Viertelstunde kam ein Auto, das Frau Zugumburg abholen sollte. Es hielt vor dem Hauptausgang am Kurfürstendam. Als die Soldaten und Offiziere mit der Gefangenen herankamen, schlugen sie von allen Seiten mit Gewehrstößen auf sie ein. Auch jetzt war von einer Menschenmenge keine Spur zu sehen. Das Auto war noch vor dem Ausgange der ersten Etage verbleibend, als die Soldaten und Offiziere die mit Lieblnecht beladene Soldaten. Auch im Auto, zu dem sie eingeschleppt wurde, wurde sie nicht mehr sichtbar, so daß man annehmen muß, sie lag auf dem Boden. Als das Auto sich in Bewegung setzte, sprang ein Soldat auf das Trittbrett und gab einen Revolverstoß in das Auto hinein ab. Das Auto entfernte sich in der Richtung der Ghiblistraße.

Unter den Soldaten war schon vorher die Rede davon, daß Rosa Luxemburg erschossen und in den Kanal geworfen werden sollte.

Zur Ergänzung und Vervielfältigung zur Erklärung wollen wir hierher Auszüge noch folgende Mitteilung eines Mitglieds der Sicherheitswehr Charlottenburg hinzufügen:

Am Dienstag abend hat der Polizeipräsident Richter vier Lastautos mit etwa 80-120 Angehörige der Bürgerwehr auf die Straße nach dem Aufbruch des Lieblnecht geschickt. Dabei wurde ihm die Frage gestellt, was mit Lieblnecht geschehen würde, wenn sie ihn bringen würden und ob er sofort abgerichtet werde.

Darauf hat Richter geantwortet: Nein, das können wir nicht machen, das dürfen wir nicht, aber wenn die Soldaten ihm unterwegs etwas antun, dafür kann ich nichts und das geht mich auch nicht an.

Ein anderer Augenzeuge berichtet in Uebereinstimmung damit.

Am 15. Januar abends hatte ich Wachdienst als Besatzungsmitglied bei der Garde-Kavallerie-Division im Eden-Hotel. Als ich in der Nachstraße auf meinem Lager lag, wurde ich plötzlich ein Geräusch, als wenn sich Menschen ankommen. Meine Kameraden und ich stürzten vor die Tür, wo wir dann hörten, daß man loben Karl Lieblnecht fortgebracht hätte. Lieblnecht soll bereits tot gewesen sein durch einige Kopfschläge, die er bekommen hatte. Dieses ergab die Mannschaften, Angehörige der Division, die es gesehen hatten.

Ich hörte ferner noch von den Mannschaften, daß auch Frau Rosa Luxemburg in dem Hotel sein sollte. Nach den geführten Gesprächen, die ich hörte, hatte ich das Gefühl, daß man auch Frau Rosa Luxemburg auf ähnliche Weise wie Karl Lieblnecht umbringen wollte. Aus menschlichen Gründen hatte ich ein Interesse daran, zu erfahren, ob sich meine Kameraden etwa bemüht hätten. Deshalb hörte ich bei den nachkommenden Kameraden herum, wo sich denn Frau Rosa Luxemburg befände. Zu dieser Zeit kam ein Offizier herein, welcher zwei Mann der Wache aufforderte, mitzugehen. Ich bemerkte sofort, daß diese beiden Leute zur Abführung der Frau Luxemburg herangezogen werden sollten, deren Abführung durch den Hinterausgang erfolgen sollte, wie mir vorher die Kameraden sagten. Ich ging nun gleich mit hinaus. Vor der Tür stand ein Auto und um das Auto herum etwa 15 bis 20 Soldaten. Stivitäten waren nicht zu sehen, da ja sämtliche Zugangsstraßen für den Verkehr gesperrt waren. Ob sich im Hotel Zivilpersonen befanden haben, kann ich nicht sagen.

Der vor der Ausgangstür des Hotels stehende Vollen hob in dem Augenblick, als er Frau Luxemburg herauskommen sah, sein Gewehr und schlug mit dem Gewehrstock auf sie ein. Frau Luxemburg stürzte nach hinten über. Der Vollen holte aber trotzdem zu einem zweiten Schläge aus, den er auch ausführte. Der Vollen dachte sich immer noch nicht beruhigt und wollte auch noch ein drittes Mal zuschlagen, kam aber nicht mehr dazu, da man den fast leblosen Körper bereits in das Auto legte.

Aus der Menge der Soldaten fiel ein Ruf: „Ihr seid wohl verrückt!“ Hierauf erfolgte der Abfuhrbefehl. Die 15 bis 20 Mann, die das Auto umstanden, legten sich hauptsächlich auf Offiziere, Aspiranten usw. zusammen.

In dem Augenblick, als das Auto sich in Bewegung setzte, sprang ein Soldat, wahrscheinlich ein Chargierter, von hinten auf das Auto und schlug mit einem Gegenstand, anscheinend einem Revolver, auf den leblosen Körper der Frau Luxemburg ein. Wie das Auto 100 Meter entfernt war, fiel ein Schuß. Das Auto verschwand in der Richtung Halensee.

Diese Reizergeschichten mögen für heute genügen. Wir denken die Tatsache, warum die Leiche Rosa Luxemburgs verschwinden ist, wird jetzt klar. Verschwinden haben sie die Leichen lassen, die ein Interesse daran hatten, die Leiche der gerichtsärztlichen Obduktion zu entziehen, so lange wenigstens, bis das Wasser die Spuren verwischt hätte.

Ebenso ist die ganze Erzählung von dem Mordversuch Lieblnechts eine nachträgliche Erfindung.

Wir glauben höchstens, daß ein Kreisgericht diesen Glauben zu haben sich bemühen wird.

Vollversammlung der Soldatenräte Groß-Berlins.

Am Freitag Nachmittag nahmen die Berliner Soldatenräte übermorgens zu den letzten Vorbereitungen. Der Vorsitzende Richard Lieblnecht und Rosa Luxemburg, die, wie man auch politisch zu ihnen stehen möge, Vorkämpfer der Arbeiterklasse und des Sozialismus gewesen seien. Die Anwesenden hatten sich zur Führung der roten von den Plätzen erhoben.

Darauf berichtete Kollentz von der Besprechung, die vier Mitglieder des Vollkomitees mit Kollentz hatten. In Kollentz könne man wohl das Vertrauen haben, daß er nicht gegen die Berliner Arbeiter unternehmen würde. Aber von den untergeordneten Offizieren und Soldaten könne man dies nicht behaupten. Wenn die Stimmten des Parteibüros der U.S.P.D. sich sogar als Sozialisten bezeichnen, so müsse er sich dessen schämen. Die Verhandlungen über die Soldaten bezögen sich zum Teil auf die Kollentz nicht unterstellten Soldaten. (Zuruf: Oberbefehlshaber.) Kollentz habe leider nicht den Oberbefehl über alle Truppen (Munche), auch nicht die Kommandantur. (Erneute Zurufe.)

Wegen die Forderung des Gewerkschaftsverbandes: Der Gewerkschaften und des Gewerkschaftsverbandes sei die Unterzeichnung, zu der auch eine Kommission des Vollkomitees hinzugezogen werde, eingeleitet. Kollentz meint, die Unabhängige Sozialdemokratische Partei halte, bevor sie die Arbeiter zum Streik gegen die Regierung aufrief, die Unterzeichnung abwarten sollen. Kollentz erklärt, daß die Regierungstruppen, sobald sie, Hwed, die Wahlen zur Nationalversammlung zu sichern, erreicht sei, zurückgezogen würden.

Der zur Versammlung eingeladenen Volksbeauftragte Kollentz ist nicht erschienen. Sein Vertreter, der führende Stadtkommandant Fischer, entschuldigte ihn mit Krankheit. Kollentz hätte lieber (Weilnehmer) Fischer bei dem, den Maßnahmen Kollentz Vertrauen zu haben. Von nichts bestünde die Gefahr in den militärischen Führern. So könne sehr leicht dazu kommen, daß viele jetzt verstanden würden, im Trüben zu stehen. Zu dem Zentralrat der Marine sagte, nach den Ausführungen Fischers schiene es, daß die Regierung den Truppen nicht Herr werden könne. Bei Bildung des Reichsregiments seien an die Reichsarmee Anträge ergangen und man nicht alle Offiziere beurlauben wolle, damit sie in das Regiment Reinhardt eintraten könnten. Wäre Kollentz und die Regierung nicht den Einflüsterungen der Offiziere gefolgt, hätten sie vielmehr die verlässlichen Vertreter der Arbeiter zur Ergreifung von Maßnahmen zur Schaffung von Ruhe und Ordnung herangezogen. So wären die nötigen Schritte zu tun. Kollentz erklärte, die Verantwortung für alle Truppen übernehmen, die doch seinem Kommando unterstehen. Kollentz verliest die Aussage eines Augenzeugen über die Ermordung der Genossin Luxemburg, die wir an anderer Stelle bringen.

Der Vorsitzende macht darauf die sensationelle Mitteilung, daß die Reichsregierung, die Mitglieder Stoll, Kollentz und die vom Vollkomitee auf Beurlaubung des Oberst Reinhardt zu verhaften. Das Gericht stellt sich später in diesem als genügend heraus. Sowohl Oberst Reinhardt wie auch die Regierung erklärten auf telephonische Anfrage hin, daß sie einen derartigen Befehl nicht ausführen würden und auch nicht erteilen würden.

Im weiteren Verlauf der Diskussion über die Ereignisse der letzten Woche wurde zum Ausdruck gebracht, daß die Soldatenräte sich auf ihre militärische Hwed wieder besinnen müßten. Leider habe man bisher in diesem Verhalten bei der Regierung und der Kommandantur stets Widerstand gefunden. Die Interessen der Soldaten seien nicht anerkannt worden. Dadurch sei zum größten Teil das Vertrauen gegen die Regierung entfallen. Stoll wies darauf hin, daß die Abstände zum Stadtkommandanten nicht gewählt, sondern erkannt worden sei. Die Verhaftung der Soldatenräte in Adlerhof sei ohne Befehl erfolgt. Weiter sei in die Diagonel-Ausweise eingeleiteten gelungenen Spontankomitees seien sofort nach der Einlieferung ohne jedes Verhör erschaffen worden. Im Jellensprängnis Waack seien im Beisein des Kommandanten eingebracht Besetzungen von Unteroffizierskältern mißhandelt worden.

Es wurde folgende von beiden Fraktionen vorgeschlagene Resolution einstimmig angenommen:

Die Vollversammlung der Soldatenräte Groß-Berlins erklärt, daß sämtliche waffentragenden Truppen, einschließlich der republikanischen Soldatenwehr, sich verpflichten, im Interesse der Allgemeinheit für die Verhütung der Ruhe und Ordnung in Berlin mitzuwirken, die Regierungstruppen in der Entwaffnung der unruhigeren Elemente sowie der gesamten Zivilbevölkerung zu unterstützen und die Wahlen zu der Nationalversammlung zu sichern.

Sämtliche Truppen Groß-Berlins sind verpflichtet, diese Beschlüsse unbedingt zu befolgen. Am den berechtigten Forderungen der Arbeiter und Soldaten Groß-Berlins Rechnung zu tragen, verlangt die Vollversammlung unbedingt die Zurückziehung der nach Groß-Berlin hineingeführten Divisionen nach den Wahlen und die sofortige Verhinderung und Auflösung sämtlicher wilden Bürger-, Studenten-, Offiziers- und Chargierten-Wehren.

Ferner wurde beschlossen, daß bei den Freiwilligen-Korps, den Abwehrkommandanten und den Städten Vertrauensleute zur Kontrolle gewählt werden müssen, und zwar im Einvernehmen mit den Arbeitern. Alle in Berlin anwesenden Truppen seien der Kommandantur zu unterstellen. Sämtliche verhafteten Soldatenräte seien sofort freizulassen, gegen die Ausschließung von Wohnquartieren auf den Tüchern von Lazaretten durch Regierungstruppen und gegen die Verhinderung von Krankenträgern als Quartier sei scharfster Einspruch zu erheben.

Die Versammlung der Arbeiterräte Groß-Berlins.

Die Arbeiter- und Soldatenräte Groß-Berlins zur Militärdiktatur.

Am Freitag nahmen sowohl der Arbeiterrat wie auch der Soldatenrat Groß-Berlins zur Militärdiktatur in Berlin Stellung. In beiden Körperlichkeiten kam die leidenschaftliche Erregung zum Ausdruck, die die letzten Vorkämpfer verurteilt haben. Ein deutliches Zeichen der Erdbeben über die Haltung der Rechtssozialisten in die Tatsache, daß die bei der Wahl des Vollkomitees auf die Kandidaten der U.S.P.D. entfallene Stimmenzahl erheblich zugenommen hat. Wir lassen nachstehend die uns zugegangenen Berichte folgen:

Am 17. Januar 1919 fand im großen Saale des Gewerkschaftshauses die Versammlung der Arbeiterräte Groß-Berlins statt.

Zunächst wurde die Neuwahl des Vollkomitees vorgenommen.

men auf Grund der Verhältnisse. Es wurden 700 Stimmen abgegeben. Die Liste der U.S.P.D. erhielt 348, die der U.S.V.D. 331, die der demokratischen Vereinigung 117 Stimmen. Gewählt wurden von der U.S.P.D. Biedel, Brödel, Frank, Gierich, Hans, Wang, Neuf. Von der U.S.V.D. Richard Müller, Kärr, Däumig, Lebedow, Wegmann, Neundorf, Kollentz. Von der demokratischen Vereinigung Mügel und Kollentz. Die Wahl Lebedows wurde mit starkem Beifall zur Kenntnis genommen.

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung hatte der Vollkomitee umfangreiche Richtlinien vorgelagt. Die vorgeschlagene Geschäftsordnung wurde ohne wesentliche Debatte einstimmig angenommen. Ueber § 1. Grundrechte der Arbeiterräte, entspann sich eine lebhafte Debatte. Kollentz von der U.S.P.D. wandte sich scharf gegen diese Paragraphen und legte der Versammlung ein Wirtschaftsprogramm vor, dem die Mitglieder der demokratischen Vereinigung freudig zustimmten. Däumig (U.S.P.D.) trat diesem Wirtschaftsprogramm scharf entgegen, und forderte Ausbau der Arbeiterräte, wie es durch die vorgelagerten Richtlinien gefordert. Das Wirtschaftsprogramm Kollentz wurde gegen wenige Stimmen abgelehnt. Paragraph 1 der Richtlinien wurde mit den vorgelagerten Resolutionen 1 und 2 gegen wenige Stimmen angenommen, der übrige Teil der Richtlinien wurde en bloc ebenfalls fast einstimmig angenommen. Dagegen wurden die von den kommunalen Arbeiterräten aufgestellten Richtlinien einstimmig angenommen.

Zu Punkt 3 erhaltete Brödel (U.S.P.D.) den Bericht der Kommission, die mit dem Oberbefehlshaber Kollentz verhandelt hatte. Der Berichtsherr gab an, daß auch der Oberbefehlshaber Kollentz die vorgelagerten Leberträge einzelner Offiziere und Soldaten entschieden mißbillige und dafür sorgen wolle, daß Besserung eintritt. Insbesondere sollen allen militärischen Verhafteten Arbeiter beigeordnet werden. So könne zu erwarten, daß bereits nächste Woche ein Abbau der in Berlin vorhandenen militärischen Formationen vorgenommen würde. Brödel empfahl eine in diesem Sinne gehaltenen Resolution.

Die Ausführungen Brödel wurden teilweise durch erregte Zwischenrufe unterbrochen. Es schien, als ob in der darauf folgenden Diskussion alle durch die letzten Ereignisse aufgeweckte parteipolitische Erregung zum Ausdruck kommen sollte. Däumig stellte den Antrag, um dieses zu vermeiden, von einer Diskussion Abstand zu nehmen. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

Kollentz wurde beantragt, beide Resolutionen gemeinsam zur Abstimmung bringen zu lassen. Von den Vertretern der U.S.P.D. wurde dem scharf widersprochen, da die Resolution Däumig in ihrem 2. Teil einen scharfen Tadel gegen die Regierung enthalte. Daraufhin wurde geordnete Abstimmung beschlossen. Die Resolution Däumig wurde mit 455 gegen 265 Stimmen angenommen, dann war die Resolution der U.S.P.D. erhebt.

Es wurde ferner folgender Antrag angenommen: Es soll eine Volksversammlung aller Arbeiter- und Soldatenräte Groß-Berlins einberufen werden, in der die Volksbeauftragten sowie der Zentralrat der deutschen sozialistischen Republik und der Oberbefehlshaber Kollentz mit seinem Stabe anwesend sein sollte, um über alle in den letzten Tagen stattgefundenen Ereignisse zu berichten. Er forderte die Volksbeauftragten auf, ihr politisches Programm einmal klarzulegen, das weiterhin auch über die Militärisierung Berlins, Verlegung der Truppen, Leberträge, die den Verhaftungen, Verhandlungen und Lösungen der verschiedenen Verträge zu erhalten.

Weiter wurde folgender Antrag angenommen: Die Arbeiterräte Groß-Berlins werden gewählt nach den Grundätzen der Verhältnissewahl, desgleichen auch die Mitglieder zum Vollkomitee. Tadellose Verhältnisse muß auch bei der Wahl der Soldatenräte eingehalten werden. Den Soldatenräten wird empfohlen, sofort Wahlen auf dieser Grundlage vorzunehmen.

Resolution Däumig:

Die am 17. Januar 1919 im großen Saale des Gewerkschaftshauses tagende Vollversammlung der Groß-Berlins Arbeiterräte, erfüllt von tiefster Empörung über den an Karl Lieblnecht und Rosa Luxemburg verübten Mordanschlag, sieht in den Vorgängen der letzten Tage und vor allem in dem Auftreten der wieder übermächtig gewordenen Militärische ein schwerer Gefahr für die Errungenschaften der Revolution und damit auch gegen die Arbeiterräte.

Die Versammlung protestiert mit aller Energie dagegen, daß die Regierung nach Hwedverweigerung ihrer sozialistischen Wegener ein militärisches Gewaltregiment, das sich in willkürlichen Verhaftungen, Verhaftungen und Verfolgungen betätigt, frei lassen und Recht und Gesetz verletzen läßt.

Die Versammlung fordert die Arbeiterräte auf, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln dem Wüten der Militärische und dem unerbittlich aufreizenden Mißbrauch des kapitalistischen Bürgerturns entgegenzutreten, und die Regierung zu ihrer Schuld zu zwingen, die sie den Errungenschaften der Revolution schuldig ist.

Englischer Protest gegen die deutsche Polenpolitik.

Berlin, 17. Januar. Die englische Regierung hat an S. d. W. der deutschen Regierung eine Note überreichen lassen, worin sie die deutsche Regierung auffordert, künftig jede Heranzuforderung der polnischen Bevölkerung in Ost- und Westpreußen, Posen und Schlesien zu unterlassen. Sie weist darauf hin, daß die Zukunft der deutschen Ostgrenze von den Entscheidungen der Friedenskonferenz abhängen werde, und daß die Mächte bei Beurteilung der Frage notwendigerweise beeinflusst würden durch die Fähigkeit oder Unfähigkeit der Deutschen, Gebiete mit gemischter polnischer Bevölkerung zu verwalten.

Auf diese Note hat die deutsche Regierung in längeren Ausführungen geantwortet, in denen sie bestreitet, daß von ihr Propaganda der polnischen Bevölkerung ausgegangen seien. Alle Maßnahmen der deutschen Regierung würden nur der Abwehr unberechtigter polnischer Ansprüche dienen, die polnische Frage bereits vor dem Friedenskonferenz zur Entscheidung zu bringen.

Wir haben von Ankara an angefordert, die polnische Frage nur durch Verständigung zu lösen und darauf hinzuwirken, daß die Friedenskonferenz die endgültige Entscheidung habe. Die Note der englischen Regierung ist, wie bedrohlich der Gegensatz zwischen England und Deutschland in dieser Frage geworden ist. Wir verlangen deshalb von der Reichsregierung mit allem Nachdruck, daß sie alles tut, um Deutschland gegenwärtig einen äußeren Konflikt zu ersparen.

Politische Nachrichten.

Der polnische Ministerrat hat beschlossen, in Warschau des Ansonstigen für die Dauer von 3 Monaten einzuführen. Gleichzeitig wurde das militärische Bandagesicht eingezogen.

Liste Mitglied der Generalkommission, für den das gleiche wie für Bismarck gilt, der außerdem noch die Gewerkschaften in den bürgerlichen Sumpf zu führen bemüht ist. Herr Hugo Deimann ist vorläufig eine hochachtbare Persönlichkeit, der die Mehrheitspolitik verleidet. Eugen Ernst, der neue Polizeipräsident und Minister des Innern, ist unseren Genossen bekannt als Treiber und Schieber bei der Wahl; er hat einen hervorragenden Anteil an der Hege gegen unsere Genossen. Sonst ist noch bemerkenswert der Name Ernst Dellmann, ein Rationalist, wie er im Buche steht. Charakteristisch für die Mehrheitsliste ist noch der Name Gustav Nachholz, der als Ordnungsoffizier des Oberst Reinhard auf der letzten Tagung der Soldatenräte sagte, sein Regiment sei stolz auf die Bezeichnung: „Weiße Garde“. Das sei ein Ehrentitel. Bei seinem Regiment bestehe kein Soldatenrat. Es sei ein „Vertrauensrat“ eingesetzt, weil Hindenburg es so haben wollte.

Arbeiter! Soldaten! Arbeiterinnen!
Wie und nimmer könnt ihr einer solchen Vertretung eure Stimme geben. Das würde ein Vertrauensvotum für die Verächter der Revolution bedeuten.

Nur die Liste der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei, die in Berlin mit Giechorn-Paase, in Niederbarnim mit Brühl und in Teltow-Teese mit Jubeil beginnt, bietet die Gewähr für die Sicherung politischer Freiheiten und die Verwirklichung einer wahren sozialistischen Republik.

Koste korrigiert das Wahlergebnis in Groß-Berlin.

Durch Verzögerung Tausender neuer Truppen nach Berlin und seinen Vororten hat der Oberbefehlshaber Koste zugleich mit dem höchsten Schrecken auch eine Korrektur des Wahlresultats herbeigeführt. All die Tausende herbeigeführter neuer Truppen stehen zur Regierung Ebert-Scheidemann, sind auf sie verpflichtet und werden am Sonntag an den Wahlen teilnehmen. Sie bestimmen, wozu sie berufen sind, in den Soldaten zu wählen, vor denen sie Ordnung halten sollen. Ob sie dazu helfen können, soll die vielen Wähler abzufertigen, die in der kurzen zur Verfügung stehenden Zeit wählen wollen, ist eine andere Frage. Aber ihre Stimmen wiegen und geben ein falsches Bild über die Stimmung der Berliner breiten Massen.

Gewerkschaft Spandau.

Die Kollegen treffen sich zur Beerdigung des Genossen Pfeifer am heutigen Sonntag um 2 Uhr in der Calow-Str. Der Obmann, Baran, Guttenstr. 28, 1.

Soldatenräte!

Alle Soldatenräte im Bereiche des Westerbereichs Groß-Berlin, hyn, des Gardelands, einschließlich Potsdam, Spandau, Jossen, werden ersucht, bis 20. Januar dem Vollzugsrat Groß-Berlin (Ausschuss für militärische Angelegenheiten, Berlin, Abgeordnetenhaus, Zimmer 11c) folgende Angaben schriftlich zu machen: 1. Genaue Briefadresse und Telefonanruf. 2. Name der Formation (Behörde, Lazarett usw.). 3. Ob selbständig oder wem unterstellt? 4. Zahl der militärischen Angehörigen: a) am 10. 11. 18? b) am 15. 1. 19? 5. Aus wieviel Personen besteht der Soldatenrat? 6. Wieviel Vertrauensleute zum Soldatenrat sind vorhanden? 7. Wieviel Delegierte zur Vollversammlung sind vorhanden?

Der Formerstreik beendet.

Seit sechs Wochen befinden sich die Former und Berufsgenossen im Streik. Donnerstag abend fanden zwischen den Unternehmern und der Formerkommission Verhandlungen statt. Es wurde ein Provisorium abgeschlossen, das so lange Gültigkeit haben soll, bis die streitigen Fragen von der Reichskonferenz der Former und Berufsgenossen geregelt werden. Bis dahin gelten die im Kollektivvertrag festgelegten Arbeitsbedingungen.

Eine Versammlung, die gestern in den Parusälen tagte und von etwa 5000 Kollegen besucht war, hat sich mit diesen Abmachungen einverstanden erklärt. Die Arbeit wird am Montag wieder aufgenommen.

Ein Knabe vermisst. Am Sonntag, den 22. Dezember 1918, nachmittags 2 Uhr, ist im Norden von der Gartenstraße der 6 Jahre alte Knabe Reinhold Zieger verschwunden. Derselbe war etwa 100-110 Zentimeter groß, hatte lurgeschorenes dunkelblondes Haar und braune Augen sowie blaues Gesicht. Er trug einen dunkelblauen Marine-Knabenmantel und braunen Pelzrocken, einen hellblauen und einen dunkelblauen Sweater, ein weißes Hemd, ein Trilobend mit dem Monogramm A. J., sowie braune Strümpfe und Lederhose mit Holzsohlen. Er spricht plattdeutsch und hochdeutsch. Es wird vermutet, daß der Knabe, der zu Ostern in die Schule kommen sollte, entweder verschleppt oder daß ihm ein Unglück zugestoßen ist, oder daß er sich verirrt hat. Nachrichten über den Verbleib des Jungen gebe man dem Vater des Knaben, H. Zieger, Berlin N., Gartenstr. 24.

Freireligiöse Gemeinde. Am Sonntag, den 19. Januar, vorm. 11 Uhr, in der Klosterkirche, Klosterstr. 78a: Vortrag des Herrn A. Hoffmann: Revolution und Kirche. Gäste willkommen.

Arbeiter-Samariter-Bund: „Solenne Groß-Berlin“. Montag, den 20. Januar, abends 7 Uhr, Reichstr. 15.

Vortrag. Nach dem Vortrage praktische Verhandlungen. Gäste haben einmaligen freien Zutritt.

Reinickendorf. Am Montag, den 20. Januar, von 1-4 Uhr nachmittags gelangen in der ersten Gemeindefschule (Nähe Rathaus) getragene Röde (Stiefeln) und Hosen zum Verkauf. Voranmelder werden bei der Ausgabe zuerst beliefert.

Lebensmittellieferer.

Konoweb. Sonnabend, den 18. d. Mts., von 9-11 Uhr vormittags findet in den Verkaufsstellen der Gemeinde auf folgende Nummern des Adressbuches der Verkauf von Seefischen Wähler Nr. 830-2188, Rudow, jetzt Auguststr. 6, Nr. 3006-1305.

Aus den Organisationen.

Zweiter Wahlkreis (N. S. S. D.). Wir ersuchen alle berechtigten Kräfte, sich am Wahltag früh 8 Uhr in folgenden Lokalen zur Verfügung zu stellen: 1. und 2. Abt. bei Siemens, Gülenstr. 68, 3. und 4. Abt. bei Pöhrich, Putzamerstr. 9, 5. und 6. Abt. bei Rauscher, Gneisenaustr. 68, 7. und 8. Abt. bei Niepfe, Planufer 75.

Dritter Kreis. Die Genossen treffen sich heute nachmittags punkt 2 1/2 Uhr bei Baum, Stallschreiberstr. 47, und marschieren geschlossen nach dem Volkspark. — Anschließend an die Versammlung Flugblattverbreitung von den bekannten Lokalen aus. — Das Hauptabstimmungsamt befindet sich bei Baum, Stallschreiberstr. 47, wohin sich alle Genossen begeben wollen, welche noch nicht von den Funktionären zur Arbeit eingeteilt sind. Auch Genossen mit Kad wollen sich dortselbst melden.

Treptow-Tempelhofenw. Dienstag, den 21. Januar, abends 7 Uhr, im „Spee-Garten“ in Treptow öffentliche Vollversammlung. Genosse Hugo Koole spricht über „Die Fragen der Zeit“. — Sonntag früh 8 1/2 Uhr dazu Flugblattverbreitung von den bekannten Lokalen aus.

Wilmersdorf (N. S. S.). Das Wahlbureau befindet sich im Lokal von Schilling, Lanenburger Str. 20. Das Bureau ist den ganzen Tag geöffnet. Aufträge über die Wahlen werden dortselbst erteilt. Um Wahlhilfe wird gebeten, Hilfsbereite mögen sich im Bureau melden.

Freie Jugend Groß-Berlin. Sonntag, den 19. Januar, nachmittags 10 Uhr, in den Sophienhöfen, Sophienstr. 17/18, außerordentliche Generalversammlung. Mitgliedsliste bzw. Beitrittsquittung legitimiert.

Freie Jugend. Gruppe Schöndorfer-Berkeht beabsichtigt in den Müller-Sälen, Kaiser Wilhelmstr. 31, Sonnabend, den 18. Januar, abends 7 Uhr, einen Unterhaltungsabend.

Ausschneiden!

Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Ortsverein Hindenburg O.-S.

Arbeiter! Soldaten!

Die deutsche Revolution ist Euer Werk. Sorgt dafür, daß dieses Euer Werk durch die Nationalversammlung für alle Zeiten gesichert wird. Ihr habt die unheilvolle Militärokratie, Junkertum und Finanzkapital gestürzt. Sorgt dafür, daß diese Mächte nie wieder zur Herrschaft gelangen.

Rettet die Errungenschaften der Revolution.

Wir sind für sofortige Sozialisierung aller dazu reifen Betriebe. Wir kämpfen gegen die alte Kommandogewalt, wir bekämpfen rücksichtslos den fluchbeladenen Kapitalismus. Wir sichern allen, die arbeiten, die Früchte ihrer Arbeit. Wir wollen Frieden für alle Völker. Wir wollen Freiheit und Brot für alle Arbeiter.

Schafft mit uns die sozialistische Republik.

Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei.

Unser Stimmzettel beginnt mit dem Namen:

Max Lichtenstein, Rechtsanwalt, Hindenburg O.-S.

Anmerkung: Wir bitten die Wähler, welche außerhalb des Kreises Hindenburg O.-S. ihre Stimme abgeben, erst nachmittags zur Wahl zu erscheinen, denn wir können in den Ortsteilen des Kreises Hindenburg O.-S. erst mittags Stimmzettel hinschicken. Wer darüber vorabtags wählen muss, nehme ein weißes Stück Papier, 12 cm lang und 9 cm breit, als Stimmzettel und schreibe die Namen:

Max Lichtenstein, Rechtsanwalt, Hindenburg O.-S.
Karl Thoma, Hüttenarbeiter, Bismarckhütte.
Karl Meister, Häuer und Knappschaftsältester, Hindenburg O.-S.
Hugo Haase, ehemaliger Volksbeauftragter, Berlin.
Frau Luise Zietz, Parteisekretärin, Berlin.

Unabhängige Sozialdemokratische Partei, Berlin.

Techniker! Beamte! Angestellte!

Sonnabend, 18. Januar, Nachmittags 3 Uhr

Große Versammlung im Friedrichshain (Spielplatz).

Tagesordnung:
Die Forderungen der Angestellten an die Nationalversammlung.
Referenten: Genossen Anhäuser, Bublitz, Breitscheid, Fritz Schmidt, Luise Zietz.
Der Propaganda-Ausschuss: I. A. K. Siegle.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin • N 54, Cuvstr. 33-35
Geschäftszeit von 9-1 Uhr und von 4-7 Uhr.
Telephon: Amt Norden 135, 1239, 1247, 9714.

Achtung! Metallarbeiter! Achtung!

Montag, den 20. Januar 1919, nachm. 4 Uhr:
Große Versammlung der Metallarbeiter Berlins und Umgegend

im Weidenberger Hof, Weidenberger Str. 147.

Tagesordnung:
1. Weitere Stellungnahme zum Kollektivvertrag.
2. Diskussion.
3. Wunsch des Branchenvertreter und der gesamten Agitationskommission.
4. Verschiedenes.
Kollegen! In Anbetracht einer der wichtigsten Versammlungen im Jahre ist es Pflicht eines jeden einzelnen Kollegen, zu erscheinen, auch ist es notwendig, daß solche Brüderkollegen, die noch in anderen Berufen tätig sind, in dieser Versammlung erscheinen.

Montag, den 20. Januar 1919, abends 7 Uhr,
im Vahnenhof Bierpalast, Friedrichstr. 104, an der Weidenbammer Brücke:

Branchenversammlung aller in den Eisenkonstruktions-Betrieben beschäftigten Monteure und Helfer.

Tagesordnung:
1. Unsere Stellungnahme zum Kollektivvertrag.
2. Verschiedenes.
Die Vertrauensleute aller Betriebe werden ersucht, anwesend zu sein. Erscheinen aller ist unbedingt erforderlich.
Die Ortsverwaltung.

Freie Vereinigung aller Berufs Berlin und Umgegend

(Lynnhalle) enl.
Mitglieder-Versammlung am Montag, den 20. d. M., abends 7 Uhr, bei Schröder, Alte Schönbauer Str. 23/4. Vortrag über Bolschewismus. Gäste u. neue Mittel willkommen.

Rechtsbüro

Elsasser Str. 65 macht Allen.

Unabhängige Sozialdemokratische Partei, Berlin. Öffentl. Versammlungen

Sonnabend, 18. Januar, abends 7 Uhr:
Schul-Anst. Danziger Str. 22, 1. Stadthaus, Eingang Klosterstr.

Tagesordnung in allen Versammlungen:
Die politische Situation und die Nationalversammlung.
Referenten: Gen. Clarus, Dr. Weinberg.
Arbeiter, Parteigeossen! Sorgt für Massenbesuch!
Der Propaganda-Ausschuss
I. A. K. Siegle.

Achtung! Kommunisten! Achtung!
Lichtenberg-Friedrichshalden.
Sonntag, d. 19. Januar, vorm. 10 Uhr,
öffentliche politische Versammlung
im Restaurant Bellevue, Hauptstr. 2
Thema: Die gegenwärtige politische Lage.
Der Bezirksausschuss.

Verband Schneller, Schneiderinnen u. Wascharbeiter, Deutschlands

Montag, den 20. Januar 1919, abends 7 Uhr im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal 4

Generalversammlung.
Tagesordnung:
1. Abrechnung der Betriebswerkstätte.
2. Wahl eines besol. Branchenvorleiters u. 3 Lokalangestellten.
3. Die R. h. in der die Tätigkeit der Arbeiter.
Referent: Kollege Ernst Fischer.
Die Kollegen und Kolleginnen werden dringend ersucht, die Adressen der Betriebsräte (Vertrauensleute) dem Büro sofort zu übermitteln.
Die Ortsverwaltung.

Am Sonnabend, den 11. Januar 1919, hat bei der Verabschiedung des Vorwärtshauses unser heiterer Freund und Jugendgenosse
Erich Krause
im Alter von 16 Jahren.
Von Militarismus verschont blieb sein Leben.
Nicht nicht in die Hände des grimmigen Biers.
Im Kampfe gegen die Tyrannei der Revolution.
Im Kampfe gegen die Tyrannei der weißen Garde.
Im Kampfe gegen das Verbrechen der kapitalistischen Woche.
Bleibt Du als letzter am Platze.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung wird noch besonders bekanntgegeben.
Freie Jugend Groß-Berlin, Ortsgruppe Wedding.

Botenfrauen

für die „Freiheit“ sucht Expedition Otto Maab, Kamerunerstr. 52.

Zeitungs-austrägerinnen

werden eingestellt in der Expedition der „Freiheit“, Berlin NW 6, Schillbaurdamm 19, 4 Treppen.

Botenfrauen

sucht Schulz, Friedenau, Rheinstraße 51.

Botenfrauen

sucht Ausragin d. Freiheit verlag Hackbarth, Michelsdammplatz 2.

10 Botenfrauen

sucht Expedition Arzt, Simeonstr. 2.

Unabhängige Sozialdemokratische Partei, Berlin.

Sonnabend, den 18. Januar, nachmittags 3 Uhr:

Große Massenversammlungen

auf folgenden Plätzen:

Humboldthain, Am Kreuzberg (Ecke Großbeerstraße), Kleiner Tiergarten, Friedrichshain, Am Görlitzer Bahnhof, Lustgarten, Am Charlottenburger Schloß.

Tagesordnung: Vor der Entscheidung.

Referenten: Genossen Otto Büchner, Dr. Cohn, Hugo Haase, C. Leid, Dr. Moses, Radke, Ritter, Dr. Weyl, Herm. Weise.

Arbeiter! Arbeiterinnen! Parteigenossen!

Versammlungen zu einer wichtigen Abrechnung mit dem bürgerlichen Masch und den Arbeiterverrätern Ebert-Scheidemann. Erscheint in Massen!

Der Propaganda-Ausschuss.
I. A.: H. Siegle.